

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell  
Die Woche im Bundestag*

06.11.2020

## ***Auf dem Weg in die elektronische Verwaltung***

Corona hat es uns deutlich vor Augen geführt: Behördengänge oder Anträge lassen sich nicht ewig aufschieben, die Digitalisierung der Verwaltung ist dringend notwendig. In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat daher ein virtuelles Fachgespräch der Unionsfraktion zur Digitalisierung der Amtsgeschäfte stattgefunden.

Dieses virtuelle Gespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion führte nun genau solche Menschen zusammen, die die Modernisierung des deutschen Staates vorantreiben: Innovationstalente aus dem Privat- und Nonprofit-Sektor, die gemeinsam mit Mentorinnen und Mentoren aus den Bundesministerien im „Work4Germany“-Fellowship-Programm zusammenarbeiten oder in dem Hackathon [#WirVsVirus](#) mit interdisziplinären Projekten überzeugt haben. Nadine Schön, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erläuterte, was in diesem Fachgespräch erkundet werden soll: Es gehe darum, herauszufinden, „welche Trainingsgeräte die Verwaltung fit für die Zukunft machen. Gibt es neue Prozesse, neue Arbeitsmethoden, mit denen die Verwaltungen schon arbeiten?“

Staatsministerin Dorothee Bär versicherte, dass die Umsetzung des [Online-Zugangsgesetzes \(OZG\)](#) „auf Hochtouren“ laufe. In dieser Legislaturperiode ist hier ein großer Schritt nach vorne gemacht worden – die gesteckten Ziele werde man bis Ende 2022 erreichen: Es gehe dabei nicht nur darum, 575 Verwaltungsdienstleistungen zu bündeln und zu digitalisieren, sondern auch klarzustellen: Wer profitiert von der Digitalisierung? Als Beispiel benannte die Staatsministerin die Online-Beantragung von Familiendienstleistungen, die der Deutsche Bundestag nun beschließen wird. In dem Projekt [Work4Germany](#) zeigen innovative Köpfe und Verwaltungsexperten gemeinsam, wie man die Behörden auf den Kopf stellen kann. Christina Lang, CEO und Co-Gründerin von Work4Germany, berichtete, wie wichtig es ist, Management- und Führungskompetenz

aus der Praxis in Ministerien zu integrieren. Ziel müsse sein, so Lang, „Strukturen und Projektaufsetzungen in Verwaltungen zu überdenken“. Und wie sieht es in der Praxis aus? Šebnem Andresen, Fellow bei [Work4Germany](#), erzählte von ihrer Arbeit im [Bundesverkehrsministerium](#): Sie erläuterte die praktische und erfolgreiche Anwendung der Kanban-Methode zur Produktionsprozesssteuerung auf ein Verwaltungs-Umfeld.

Patrick Witt, ebenfalls Fellow bei Work4Germany, berichtete von seinem Einsatz im Bundeswirtschaftsministerium. Wichtige Schwerpunkte seien hier die Digitalisierung der Energiewende und die Frage, wie das produzierende Gewerbe fit für die Zukunft zu machen ist. Sein Fazit: Man solle mehr solche Programme wie Work4Germany aufbauen, „um Start-upper zu motivieren, in Verwaltungen zu arbeiten. Wir brauchen mehr Programme für Querwechsler.“

Für ordentlich Furore hatte [#WirVsVirus](#), der Hackathon der Bundesregierung, im März 2020 gesorgt. Sieben zivilgesellschaftliche Organisationen hatten sich dabei zusammengeschlossen und den Hackathon binnen fünf Tagen auf Beine gestellt. Mit dabei war auch Philipp von der Wipfel – der Gründer & Co-Geschäftsführer von [ProjectTogether](#) erzählte von den Vorteilen, angesichts der Herausforderungen durch die Pandemie die Schwarmintelligenz mit öffentlicher Verwaltung zusammenzubringen: So ermöglichte es der Hackathon, zahlreiche unterschiedliche Lösungsansätze aus der Zivilgesellschaft zu validieren. Darunter waren Antworten auf Fragen wie: Welche Abläufe in Gesundheitsämtern lassen sich digitalisieren? Wie kann der Fernunterricht in Schulen organisiert werden?

Nadine Schön zog am Ende das Fazit: „Wenn Staat und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, kommen oftmals die besten Lösungen heraus.“

## Digitale Dienstleistung für Familien

Hilfreiche Entlastung für junge Eltern: Namensbestimmung, Antrag auf Elterngeld und Kindergeld können bald in einem digitalen Kombi-Antrag beantragt werden. Möglich wird das durch das „Gesetz zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen“, das der Deutsche Bundestag beschlossen hat. D.h. der Gang zum Amt entfällt. Und das funktioniert so: Wenn Eltern einverstanden sind, müssen die Daten für neugeborene Kinder nicht mehrfach eingegeben werden, stattdessen tauschen die beteiligten Behörden die erforderlichen Daten einfach untereinander aus und fragen die Entgelt Daten für die Berechnung der Höhe des Elterngeldes bei den Arbeitgebern ab. Ergebnis: Der Gang zum Amt entfällt (<https://www.cducsu.de/themen/familie-frauen-arbeit-gesundheit-und-soziales/digitale-entlastung-fuer-familien>)

## EU-Anhörung für Lieferkettengesetz startet

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation eingeleitet, um die Nachhaltigkeit entsprechend den Zielen des europäischen Grünen Deals stärker in der Unternehmensführung zu verankern. Die Ergebnisse werden in einen Regelungsvorschlag einfließen, den die Kommission kommendes Jahr vorlegen wird. Die Konsultation, die bis zum 8. Februar 2021 läuft, ergänzt die Ergebnisse zweier Studien, die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in den Lieferketten und die Pflichten des Managements zur nachhaltigen Unternehmensführung untersucht. ([https://ec.europa.eu/germany/news/20201026-konsultation-lieferketten\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20201026-konsultation-lieferketten_de))

## Nachhaltiges Unternehmertum lohnt sich

Der schonende Umgang mit Energie und unserer Umwelt ist längst zum Erfolgsfaktor geworden. Möglichkeiten wo und wie der Mittelstand und große Unternehmen dabei unterstützt werden können, um nachhaltig zu investieren und voranzugehen, finden sich hier: [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Energie-Umwelt/F%C3%B6rderprodukte/F%C3%B6rderprodukte-\(S3\).html](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Energie-Umwelt/F%C3%B6rderprodukte/F%C3%B6rderprodukte-(S3).html)

## Homeoffice einrichten

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat sein bewährtes Förderprogramm „go-digital“ auf die Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen ausgeweitet. Über das Programm können bis zu 50 Prozent der Nettoaufgaben für unterschiedliche Leistungen bezuschusst werden, von der individuellen Beratung bis hin zur Umsetzung der Homeoffice-Lösungen,

wie beispielsweise die Einrichtung spezifischer Software und Kommunikationstools oder Cloud-Lösungen. Kleine und mittlere Unternehmen oder Handwerksbetriebe müssen dafür einfach über die Beraterlandkarte ein Beratungsunternehmen in ihrer Region auswählen und einen Vertrag abschließen. Das Beratungsunternehmen übernimmt danach alle weiteren Schritte: von der Beantragung der Förderung über die Analyse und Umsetzung der Maßnahmen bis hin zur Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen. (<https://www.innovationberatung-foerderung.de/INNO/Navigation/DE/go-digital/go-digital.html>, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Videos/2020/20200707-go-digital.html>)

## Umweltbonus kombinierbar

Am 16. November 2020 tritt die novellierte Richtlinie zur Förderung des Absatzes von elektrisch betriebenen Fahrzeugen (Umweltbonus) in Kraft. Von da an kann der Umweltbonus wieder mit anderen Förderungen kombiniert werden. Damit können z.B. Käuferinnen und Käufer von E-Autos von insgesamt noch höheren Förderungen profitieren. „Mit über 34.000 beantragten Elektroautos im Oktober hat der Umweltbonus den vierten Rekordmonat in Folge verzeichnet. Das zeigt, dass das Interesse der Bevölkerung an E-Autos immer weiter steigt und ist ein gutes Signal für den Klimaschutz. Deshalb können für ein elektrisch betriebenes Fahrzeug demnächst neben dem Umweltbonus mit Innovationsprämie auch weitere öffentliche Fördermittel beantragt werden“, so Bundesminister Peter Altmaier. Die Novellierung der Förderrichtlinie sieht zudem vor, dass die Förderung beim Leasing abhängig von der Leasingdauer gestaffelt wird. Informationen finden sich hier: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/11/20201104-umweltbonus-auf-rekordpfad-und-bald-mit-anderen-foerderungen-kombinierbar.html>

## Aktuelle Stunde zum Islamistischen Terror

Der Deutsche Bundestag befasste sich am Donnerstag im Rahmen einer von CDU/CSU und SPD verlangten [Aktuellen Stunde mit dem Thema „Islamistischen Terror in Europa entschieden bekämpfen – Unsere freie Gesellschaft verteidigen“](#).

## Zitat

„Wir haben auch alle einen Eid geleistet auf das Grundgesetz, das mit der Würde des Menschen beginnt. (Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, am 2.11.2020 in Berlin zum Teil-Lockdown, um Risikogruppen zu schützen.)